Alle Postanstalten nehmen Bestellung auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20.
Insertions-Gebühr für den Raum einer sechstheiligen Petitzeile 1¼ Sgr.

Das vierteljährige Abonnement beträgt in Breslau 1 Rtl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rtl. 24 Sgr. 6 Pf.
Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zweiten Feiertage.

Breslauer Zeitung.

№ 243. Montag den 2. September 1850.

Telegraphische Korrespondenz
für politische Nachrichten und Fonds-Course.

Paris, 30. August. Der Präsident wird am 3. nach Cherbourg abgehen.

Der Generalrath der Ostpyrenäen erklärt sich für Präsidentschaftsverlängerung, der Generalrath der Haute-vienne und Creuse für Verfassungs-Revision.

Der „Siecle" ist zu 3000 Francs Strafe und 6 Monat Gefängniß verurtheilt worden.

Ein angestellter Versuch mit dem unterseeischen Telegraphen ist geglückt.

3% 58, 15. 5% 96, 60.

Hamburg, 31. August. Die Nachricht vom Tode des Generals de Meza entbehrt jeden Grundes.

Berlin-Hamburger 91¾. Köln-Minden 97¼. Magdeburg-Wittenberge 56¾. Nordbahn 40½.

Zara, 26. August. Ali Pascha aus Mostar soll sich in der Festung Stolacz einsperren, und um jeden Preis vertheidigen wollen. Nach einem kaiserlichen Ferman wird eine Steuer von dem Zehent, welchen die Feudalherren in Bosnien bezogen, dem Staate zugewiesen. Alle Spahis müssen zur Armee. Volkszählung und Rekrutirung wird auf Omer Pascha's Befehl vorgenommen. Drei Veziere mit einem Pascha an der Spitze werden das Land verwalten.

Preußen.

Berlin, 31. August. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem geheimen Regierungsrath Beelitz zu Stendal den rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und dem Kaufmann J. E. Weber zu Hamburg den rothen Adler-Orden vierter Klasse zu verleihen. Den früheren Land- und Stadtgerichts-Direktor Strecker zu Osterwieck, so wie die Kreisrichter Nickel zu Osterwieck, Salomon und Dette in Wernigerode und Mohr zu Halberstadt zu Kreisgerichtsräthen. Den bisherigen Kreisrichter v. Stockhausen zu Münster zum Rath bei dem Appellationsgericht in Stettin; und den Ober-Prediger Heyer in Pritzwalk zum Superintendenten der Diözese Pritzwalk zu ernennen; so wie dem Kreis-Physikus Dr. Herzberg zu Halle a. d. S. den Charakter als Sanitätsrath zu verleihen.

Angekommen: Se. Excellenz der Generallieutenant und Chef des Generalstabes der Armee, v. Reyher, von Görlitz.

(Militair-Wochenblatt.) v. Walther, v. Wülcknitz, Portepee-Fähnrichs vom 5. Jäger-Bat., zu Sec.-Lts. ernannt, ersterer unter Versetzung zum 6. Jäger-Bat. v. Grumbkow, Major u. Chef der 3. Inval.-Comp., zum Chef der 3. Comp. im Berliner Inval.-Bat.; v. Schmeling, pens. Major, zum Chef der 3. Inv.-Comp. ernannt. Hoffmann, Pr.-Lt. vom 23. Inf.-Regt., von seinem Kommdo. zur Dienstl. bei der Abtheil. im Kriegs-Ministerium für das Inval.-Wesen entbunden, und tritt am 1. Oktober zu seinem Regiment zurück. v. Pressentin, Major vom 5. Inf.-Regt., als Combr. des 5. komb. Reserve-Bats. kommandirt. Bath, Michaelis, Port.-Fähnrs. vom 6. Inf.-Regt., zu Sec.-Lts.; Fähndrich, Port.-Fähnr. vom 10. Inf.-Regt., zum überz. Sec.-Lt.; Gaede, Pr.-Lt. vom 4. Drag.-Regt., zum Rittm. u. Esk.-Chef; v. Landerset, Sec.-Lt. von dems. Regt., zum Pr.-Lt.; de Claer, Port.-Fähnr. von dems. Regt., zum überz. Sec.-Lt. ernannt. Ursin v. Baer, aggr. Sec.-Lt. vom Garde-Huf.-Regt., ins 4. Drag.-Regt. einrangirt. v. Grumbkow, Wolff, Port.-Fähnr. vom 22. Inf.-Regt., zum 23. Inf.-Regt. versetzt. Baron v. Lichtenstein, Vice-Feldw. vom 1. Bat. 6. Regts., zum Sec.-Lt.; Flitner, Unteroff. vom 3. Bat. 6. Regts., zum Sec.-Lt. der Kavall. ernannt. Wulfsheim, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 30., ins 3. Bat. 6. Regts. einrangirt. Kade, Unteroffizier vom 1. Bat. 7. Regts., bei der Kavall.; Matthäi, Feldw. von demselb. Bat., bei der Artill., zu Sec.-Lts.; Baron v. Vogten, Wuthe, Pr.-Lts. vom 2. Bat. 7. Regts., zu Hauptl.; Schildt, Sec.-Lt. von dems. Bat., zum Pr.-Lt. ernannt. Trautvetter, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 7., ins 1. Bat. 10. Regts.; Koblitz, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 11., ins 3. Bat. 10. Regts. einrangirt. v. Rheinbaben, Pr.-Lt. vom 1. Bat. 22. Regts., zum interim. Esc.-Führer ernannt. Kinne, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 27., ins 1. Bat. 22. Regts. einrangirt. Baildon, Sec.-Lt. vom 1. Bat. 22. Regts.; Knorr, Sec.-Lt. vom 2. Bat. 23. Regts., beide von der Inf. zur Kavall. versetzt. v. Linsingen, Oberst-Lieut. zur Disp., zuletzt im 15. Inf.-Regt., mit der Unif. dieses Regts. mit den vorschr. Abz. f. Verabsch. und seiner bisher. Pension, der Abschied bewilligt. Merenski, Port.-Fähnr. vom 6. Inf.-Regt., scheidet aus. Lutz, Hauptm. vom 10. Inf.-Regt., als Major mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abzeichen f. Verabschiedete und Pension, der Abschied bewilligt. Schwinger II., v. Frankenberg, Sec.-Lts. vom 11. Inf.-Regt., mit Pension der Abschied bewilligt. v. Braunschweig, Sec.-Lt. vom 23. Inf.-Regt., scheidet aus. Schober, Pr.-Lt. vom 2. Bat. 6. Regts., als Hauptm. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V.; Wundersitz, Pr.-Lt.; Brachmann, Sec.-Lt. von dems. Bat., letzterem als Pr.-Lt. mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V.; Flögel, Pücher, Hauptl.; Fichtner, Rittm.; Hapel, Pr.-Lt. vom 3. Bat. 10. Regts., Ersterem mit der Regts.-Unif. mit den vorschr. Abz. f. V.; v. Prittwitz-Gaffron, Sec.-Lt. vom 3. Bat. 23. Regts., der Abschied bewilligt. Dr. Fischer, Marine-Assistenz-Arzt, zum Bats.-Arzt des 2. Bats. 10. Landw.-Regts. ernannt.

[Eine Antwort Preußens. — Die preußische Note an Oesterreich wegen Beschickung des Bundestages.] Der D-Korresp. der Hamb. Nachr. theilt folgende Analyse der von Preußen an Oesterreich wegen Beschickung des Bundestages erlassenen Note mit, für die er einzustehen erklärt:

Mit der Einladung vom 14. August war der preuß. Regierung zum erstenmal offizielle Kopie der Cirkular-Depesche vom 19. Juli, sowie des Frankfurter Protokolls vom 7. und 8. August zugegangen. Preußen erwidert, es habe die Einladung in ernste Erwägung gezogen, und sowie es nie Deutschlands dauerndes Bedürfniß aus den Augen verloren, so wolle es sich auch in diesem wichtigen, entscheidenden Moment über die Lage Angesichts Deutschlands aussprechen. Die Einladung fußt auf der Bundespflicht, die Preußen veranlassen müsse, den Bundestag zu beschicken. Oesterreich will die Rückkehr zu dem verlassenen, nicht zerstörten Rechtsboden, als zu dem einzigen Mittel, die Krisis zu lösen. Es macht also Motive des Rechts und der politischen Nothwendigkeit geltend. In beiden Beziehungen sei Preußen zu den entgegengesetzten Resultaten gelangt.

Hinsichtlich des Rechtspunktes, so sei die Bundesversammlung rechtlich und für immer aufgelöst worden. Damals haben alle Regierungen diese Ansicht getheilt. Es existire kein rechtlicher Vorbehalt des Gegentheils. Viele Momente und bindende Staatsakte beweisen die gemeinschaftliche Ansicht aller Regierungen über den Rechtspunkt. Dieser Rechtspunkt ist in einer Denkschrift, auf welche die Note hinweist, des Näheren entwickelt. Daher existire keine Verpflichtung für Preußen, den Bundestag zu beschicken und die Beschlüsse desselben werden unverbindlich sein für die Regierungen, welche sich nicht daran betheiligen.

Durch die Abwesenheit eines Organs für den Bund sei die Bundesgewalt an die Gesammtheit zurückgefallen, und eine Anzahl derselben könne für die Andern nicht beschließen wollen. Dies laufe den obersten Prinzipien des Bundes zuwider.

Man sagt, alle Regierungen können den Bundestag wieder herstellen? Gestehe man dieses für einen Augenblick in der Theorie zu, so müsse an die Verheißungen erinnert werden, welche in Gemeinschaft mit allen Regierungen dem deutschen Volke gegeben wären und wonach die Bundesverfassung als unzureichend nicht mehr gelten solle. **Niemand werde behaupten, daß diese Verheißungen nicht unter dem Gesichtspunkte des Rechts, sondern allein der augenblicklichen Nützlichkeit gegeben seien. Preußen habe sie nicht so verstanden und werde sie nicht so auslegen. Nicht unter dem Zwange der Revolution seien diese Verheißungen erlassen, sondern in tiefer Ueberzeugung der Nothwendigkeit, welche lange vor der Revolution ihren Ausdruck gefunden habe und auch jetzt noch unwandelbar fortbestehe.**

Daher könne Preußen die Versammlung nicht beschicken, so lange sie den Charakter der Bundesversammlung usurpire. Und damit sind die rechtlichen Argumente zurückgewiesen.

Aber Oesterreich schlägt unter dem Gesichtspunkt der Zweckmäßigkeit die einstweilige Herstellung der Bundesversammlung vor? Das Bedürfniß der Revision der Bundesverfassung ist von allen Seiten als nöthig erkannt. Preußen hat dasselbe schon vor 1848 geltend gemacht. An die Verheißungen, welche das Volk erhalten, ist schon erinnert worden. Jetzt wolle Oesterreich mit allen seinen Provinzen in den Bund treten und Preußen wolle die freie Unirung im Bunde. Daher streben alle nach einer Revision der Bundesverfassung. **Preußen nehme Oesterreichs feierliche Erklärung, daß es nicht die Wiederherstellung des Alten wolle, mit Vertrauen entgegen.** Es frage sich aber, ob der vorgeschlagene Weg geeignet sei, zum Ziele zu führen?

Preußen habe die Ueberzeugung, der Weg sei nicht der rechte, und das Ziel werde nicht erreicht werden, wenn man ihn betrete.

Niemand verbürge, daß nicht, wenn die früheren Zustände einmal hergestellt sind, sich Ansprüche geltend machen, welche es für Oesterreich als unmöglich hinstellen, neue Institutionen zu schaffen.

Nach der alten Verfassung sei jede Verfassungsänderung an Einstimmigkeit gebunden. Sei die Einstimmigkeit nicht zu erreichen, so bleibe rechtlich das Alte in Kraft. Selbstsüchtige Ansprüche werden hervortreten. Seien doch auch in der Vergangenheit die wohlthätigsten Einrichtungen an der Nothwendigkeit einstimmiger Beschlüsse gescheitert. Viele haben die Neigung, das Alte wieder herzustellen. Solle man durch Zwangsmittel den Widerspruch brechen? Die Zerrüttung Deutschlands, seine innere Auflösung und Schwäche nach außen werden die Folge sein. **Biete also Preußen zur Wiederherstellung der Bundesversammlung die Hand, so verpflichte es sich im Voraus, das Alte zu erhalten. Aber Preußen wolle das Alte unter keiner Bedingung.**

Alles gestalte sich anders auf dem Boden freier Konferenzen, die Preußen stets vorgeschlagen hat und noch vorschlägt. Dann hindere der vereinzelte Widerspruch nicht die Andern. Das Recht sei gewahrt und die Pflichten gegen die Nation können erfüllt werden. **Preußen werde jenem Recht und dieser Pflicht niemals untreu werden.**

*** **Berlin,** 31. August. [Aus der Denkschrift an Oesterreich.] Bekanntlich hat die hiesige Regierung die Note, in welcher die Wiederherstellung des Bundestages abgelehnt und die Anerkennung der vom Parlament getragenen Union gefordert wird, mit einer ausführlichen Denkschrift begleitet, deren Schluß wohl schon vor ihrer Veröffentlichung mitgetheilt zu werden verdient. Er lautet: „Wesentlich ist der übereinstimmende Wille aller Regierungen. Er hat nicht gefehlt, als der Reichsverweser das Amt übernahm, nicht gefehlt, als es in die Hände der Bundes-Central-Kommission überging und es wäre ein folgenschwerer Rechtsbruch, wenn es ohne den übereinstimmenden Willen aller Regierungen an ein anderes Organ, es sei dies nun ein neues oder ein willkürlich wieder hervorgerufenes, übertragen werden sollte. Jede Bundesregierung hat das Recht, an die übrigen den Antrag zu richten, sich darüber zu erklären, ob sie in die Wiederherstellung einwilligen wollen; keine aber hat das Recht, eine Bundesversammlung auszuschreiben. Und wenn dies geschehen und wenn es wahr sein sollte, als der Versuch, die Meinung der Bundesgenossen über ihre Zustimmung oder ihre Verweigerung zu erforschen, wenn der unberechtigten Ausschreibung die Anwendung von erloschenen Zwangsvorschriften folgen sollte, so würde dies, so fern auch die Voraussetzung liegt, ein Bruch des Bundesrechtes sein, welcher dieses selbst in seinem „ganzen Umfange in Frage stellen müßte."

§§ **Berlin,** 31. Aug. [Das Verhalten der kleinern Unionsstaaten.] Es gehen allmälig Nachrichten über das Verhalten der kleineren Unionsmitglieder in Beziehung auf die österreichische Einladung ein. Dieselben bestätigen das vor wenigen Tagen Mitgetheilte. Die Hamburgische Antwort, natürlich ablehnend, ist bereits abgegangen. An Mecklenburg-Schwerin hatte man gezweifelt; man weiß heute, daß auch dieser Staat seine Mitwirkung zur Restauration des Bundestages versagt.*) Der Braunschweigische Bevollmächtigte Dr. Liebe begiebt sich dem Vernehmen nach in derselben Angelegenheit nach Oels zum Herzog.

*) Auch die D. Reform meldet: „Wir können aus der zuverlässigsten Quelle versichern, daß die in der letztern Zeit über eine Lossagung der großherzogl. mecklenburg-schwerinschen Regierung von der Union verbreiteten Gerüchte vollkommen unbegründet sind."

[Vermischte Nachrichten.] Se. königliche Hoheit der Prinz von Preußen hat Befehl gegeben, sein hiesiges Palais in Stand zu setzen. Der Prinz und die Prinzessin von Preußen werden im Oktober hierher kommen, und den Winter hier zubringen. — Die schon vor mehreren Wochen von uns gegebene Mittheilung von dem Scheiden des Barons v. Meyendorff aus seiner hiesigen diplomatischen Stellung wird jetzt nicht mehr bezweifelt und gestern Abend von der N. Pr. Ztg. auf's Gewisseste bestätigt. Dagegen ist es sehr unwahrscheinlich, daß Herr v. M., wie von anderer Seite behauptet wird, den Gesandtschaftsposten in Wien übernehmen werde. (S. unter Wien.) Herr v. Meyendorff wünscht den Geschäften sich ganz entziehen zu können und in den Ruhestand zu treten. Sollte derselbe, worüber noch unterhandelt wird, sich zum Antritt einer neuen Stelle bewegen lassen, so würde dies nur geschehen, um den dringenden Wünschen des Kaisers nachzugeben. Man glaubt die Ersetzung des Herrn v. Meyendorff durch den Baron Brunnow in der hiesigen kaiserlichen Legation als gewiß betrachten zu dürfen, und — wie ein der Verhältnisse kundiger Mann versichert — möchte der Uebergang des Herrn v. Brunnow von dem Hofe zu St. James an den Berliner nicht als ein Wechsel seiner Stellung, sondern nur als eine Fortsetzung der in seiner bisherigen Stellung geübten diplomatischen Wirksamkeit anzusehen sein. Aus diesem Gesichtspunkt betrachtet, würde man die Londoner Verhandlungen in der schleswig-holsteinischen Angelegenheit als ein Ereigniß betrachten dürfen, welches in Beziehung auf diese Verpflanzung des berühmten Diplomaten entscheidend eingewirkt hat. Die außergewöhnlichen Aufmerksamkeiten, welche Herrn v. Brunnow in den Hofkreisen, namentlich auch bei den zur Feier des Geburtstages des Großherzogs von Baden stattgehabten Festlichkeiten zu Theil geworden sein sollen, lassen wohl nicht mit Nothwendigkeit darauf schließen, daß der gefeierte Staatsmann von nun an seine Mission in Berlin fortsetzen werde. Jedenfalls begiebt sich Herr v. Brunnow von hier zuvörderst nach Petersburg. — Die zahlreichen Freunde, welche die Sache Schleswig-Holsteins auch hier hat, knüpfen große Erwartungen an den hierher gemeldeten Entschluß des Friedensapostel Elihu Burritt, sich in Begleitung der Methodisten Richard und Sturge, die mit ihm am Friedenskongreß in Frankfurt Theil genommen haben, nach Holstein zu begeben. Man glaubt, daß die Herren sich auf der Durchreise einige Tage hier aufhalten werden. Ohne Zweifel werden diese Männer im Stande sein, nach der Rückkehr in ihre Heimath den Herzogthümern Sympathien in manchen Herzen zu erwecken, die der gerechten Sache bis jetzt noch durch Vorurtheile der verschiedensten Art verschlossen sind. (C. B.)

Das Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten ist gewillt, eine vollständige Liste des preußischen Heilpersonals unter vergleichender Angabe der Einwohnerzahl der einzelnen Regierungsbezirke zu veröffentlichen und hat zu diesem Zwecke das statistische Bureau beauftragt, die betreffenden Tabellen und Notizen zur Benutzung für den preußischen Medizinal-Kalender, der auch in diesem Jahre erscheinen wird, zusammenzustellen. (Const. Z.)

Am 29. dieses Monats kamen hier 685 Personen an und reisten 649 ab. Angekommen: der königlich großbritannische Kabinets-Courier Poignaud von Wien. Abgereist der französische Kabinets-Courier Dissar nach Paris, der Präsident der Lauenburgschen Statthalterschaft, Graf von Kielmannsegge, nach Lauenburg.

In den bis zum 29. Mittags als an der Cholera erkrankt gemeldeten 470 kamen bis zum 30. Mittags 40 hinzu. Summa 510. Davon sind genesen 93, gestorben 261, in Behandlung geblieben 156. Unter den zuletzt gemeldeten 40 sind 9 Todesfälle. (C. C.)

Deutschland.

München, 27. Aug. [Militärisches.] Den hiesigen Gewerbsmeistern wurde dieser Tage die Lieferung von 20,000 Infanteriesäbeln, sogenannten Faschinenmessern, übertragen, und von 30,000 Perkussionsgewehren, die angeschafft werden, sollen die Münchener Gewerbsmeister 5000 zu liefern erhalten. (Nürnb. C.)

[Baierns Absichten.] Aus mehrfachen Anzeichen zu schließen, sucht Baiern der preußisch-österreichischen Einigung in Betreff der Verwaltung des Bundeseigenthums durch eine besondere selbstständige Kommission Hindernisse zu bereiten. Baiern ist bemüht, die Mittelstaaten zu einem gemeinsamen Widerstande gegen dies Arrangement aufzubringen, und soll gesonnen sein, im Falle seinen Einwendungen keine Folge gegeben wird, aus dem nach Frankfurt berufenen engern Rath wieder auszutreten, und diesen dadurch beschlußunfähig zu machen. (N. Pr. Z.)

Stuttgart, 27. Aug. [Die habsburgische Freundschaft] hat sich soeben glänzend bewährt, indem Oesterreich der württembergischen Regierung **die kleine billige Anrechnung von 3 bis 4 Millionen Gulden C. M. für Aufstellung des Armeecorps in Vorarlberg machte.** Wie die Regierung diese Sache bei der Volksvertretung anbringen werde — darauf kann man in der That begierig sein, wenn man nicht eben in dieser Schwierigkeit die Nothwendigkeit des Oktroyirens findet. (N. Z.)

[Die Lage der Dinge.] Während der Abwesenheit des Königs in Baden und seiner Minister auf ihren Rundreisen im Lande ist es ziemlich still. Ueber die Anklage gegen den vorigen Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Frhr. v. Wächter-Spittler, hat der Staatsgerichtshof immer noch nicht entschieden. Die Wahlen zum neuen Landtage sind auf den 20. September ausgeschrieben, aber von einer Wahlbewegung bemerkt man noch nichts. Die Konservativen werden aus Apathie gar nicht wählen, oder ihre Stimmen zersplittern, da ihre Fraktionen (Anhänger des Hofes, Bureaukraten, gemäßigte Altliberale, Unionsmänner und Ultramontane) nicht zusammenhalten und hauptsächlich durch ihre verschiedene Auffassung der deutschen Frage gespalten sind. Die Demokraten werden daher sicher bei den Wahlen siegen. Vom 1. Sept. an sind keine Steuern mehr bewilligt. Sie werden bis zur Wiedereröffnung des Landtages unbewilligt, mithin verfassungswidrig, eingezogen werden. Schon deshalb, noch mehr aber wegen ihres Verhaltens in der deutschen Frage und des Votums des württembergischen Gesandten in Frankfurt, werden die Minister von der nächsten Landesversammlung in Anklagestand versetzt werden. Die Regierung wird sich daher genöthigt sehen, die Versammlung wieder, nun schon zum dritten Male, aufzulösen. Von diesem Zeitpunkt an vermag sie nur noch verfassungswidrig oder ohne Verfassung zu regieren. Diese schlimme Wahrheit sucht man zu verbergen. Man hat die Union verschmäht. Man hat sich an Oesterreich nur bedingt angeschlossen. Man will die kleinstaatliche Selbstständigkeit gegen beide deutsche Großstaaten behaupten. Aber dazu bedarf man vor Allem der Popularität im eigenen Lande. Man muß das Volk hinter sich wissen. Man darf nicht verrathen, wie schlecht man mit dem Volke steht. Durch Warten und Hinhalten und immer wiederholte Versicherungen, man wolle von der konstitutionellen Bahn nicht ablenken, hat man Zeit gewonnen, aber diese Zeit läuft immer kürzer ab. Die ganze Schwäche der Stellung muß sich endlich offenbaren. Die Möglichkeit, noch ferner verfassungsmäßig zu regieren, hat sich die Regierung dadurch abgeschnitten, daß sie die gemäßigten Konstitutionellen, die Altliberalen und die Anhänger der Union, denen sie ihre Rettung in den Stürmen der Revolution verdankte, seit dem vorigen Oktober von sich gestoßen und durch ihre Organe mit den feindseligsten Schmähungen überhäuft hat. Würde diese durch die Demokratie allerdings geschwächte, aber ein großes moralisches Ansehen genießende und vorzugsweise den Besitz und die Intelligenz vertretende Partei noch mit der Regierung Hand in Hand gehen können, wie es unter dem März-Ministerium der Fall war, so würde sich wieder eine Mehrheit bilden, welcher die Demokratie wieder, wie damals, unterliegen müßte. Da aber die Regierung diese Bundesgenossenschaft verschmäht, so giebt sie mit der Möglichkeit einer ministeriellen Mehrheit auch im Wesentlichen das konstitutionelle Prinzip selbst auf. Mag sie auch noch so ernsthaft versichern, nur verfassungsmäßig regieren zu wollen, sie wird es bald nicht mehr können und auf keine Weise mehr können. Gesetzt, sie ahmt das Beispiel Sachsens nach und beruft eine oder beide Kammern der vormärzlichen Zeit wieder ein, so wird sie dennoch keine Mehrheit erzielen, weil sie außer den Demokraten auch die Konstitutionellen gegen sich haben wird. **Sie wird nie eine Kammer bekommen, die sie nicht zum vierten und fünften Male auflösen müßte.** Die Regierung wird also absolutistisch regieren müssen. Dieser Zustand wird faktisch eintreten, weil nichts anderes möglich ist. Aber wo bliebe dann der Ruhm, vor dem März 1848 in Deutschland am liberalsten regiert zu haben? Und wie würde man sich zu andern deutschen Regierungen verhalten, die auf der konstitutionellen Bahn verharrten? Würde man sich nicht bald bitter dafür bestraft sehen, daß man sich für viel besser und weiser gehalten, als andere? Wie die Sachen nun stehen, ist es sehr begreiflich, daß die Regierung aus ihrer Verlegenheit durch Niemand anders, als durch den wieder hergestellten alten Bundestag in Frankfurt gezogen zu werden hofft. (Ref.)

Dresden, 30. August. [Die rothen Kammern.] Der Streit, welcher zuerst in der Presse zwischen der freimüthigen Sachsenzeitung und dem ministeriellen Journal seine Fühlhörner hinausstreckte, ist in die Praxis übergegangen. Die Verfassungskommission soll sich ernsthaft weigern, auf die Berathung des ministeriellen Verfassungsrevisionsentwurfs einzugehen, welcher ihr einen zu röthlichen Anstrich hat. Sie will kurzweg die alte Verfassung, die alten Rechte ungeschmälert, unberührt von der Zeit. Doch hat das Ministerium sich eine gute Waffe gegen die Ansprüche vorbehalten. Minister Zschinski hat der Kommission erklärt, daß, wenn sie nicht auf die Berathung der vorgelegten Verfassungsrevision einginge, das Ministerium das Gesetz, betreffend die „Aufhebung der Grundrechte", zurückziehen würde. Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Aussicht für die altaristokratische Reaktion schlagende Gründe enthält, und das Ministerium damit für den Augenblick wenigstens reüssiren wird. Während diese Schwierigkeiten im Geheimen spielen, sind die Sitzungen der Kammern so spärlich als kurz, und nie ist so viel Geld für so wenig Geistesanstrengung der Landesputirten verausgabt. (Reform.)

Leipzig, 28. August. [Zustände.] Wir sind jetzt beinahe auf demselben Punkte angekommen, wo wir uns nach der blutigen Augustnacht 1845 befanden — unsere inländische periodische Presse ist zum Stillschweigen über die innere Politik in ihren wichtigsten Beziehungen verdammt, zwar nicht durch direkte Censur, wie damals, aber durch das ziemlich ebenso wirksame Mittel der Bedrohung mit gänzlicher Unterdrückung, wofür die Preßverordnung vom 3. Juni dem Ministerium freiste Hand gewährt. Auch ist die Polemik gegen Kammern und Ministerium beinahe in allen unseren Oppositionsblättern verstummt oder doch sehr kleinlaut und vorsichtig geworden; vestigia terrent. — Das Verbot der Dresd. Zeitung, das über dem Neuen Dresd. Journ. schwebende Damoklesschwert gleicht einer Vernichtung; die wiederholten Verwarnungen der hiesigen Blätter sind abschreckende Zeichen. Die Kritik unserer Zustände wird sich, wie auch 1845, gänzlich in die ausländische Presse flüchten, wenigstens so lange, bis der neuerstandene Bundestag wieder allgemeine Preßbeschränkungen dekretirt, worauf gewiß von mehr als einer Seite sehnsüchtig geharrt und gehofft wird. — Während die Oppositionspresse zum Schweigen gebracht ist, beginnen nun die Organe der rothen Reaktion das Ministerium anzugreifen, weil es ihnen nicht rasch, nicht energisch genug vorwärts geht. Das ministerielle Dresdener Journal hat Anstandshalber die Anmuthungen dieser Blätter zurückgewiesen — man sprach sogar von einer Beschlagnahme der Sachsen-Zeitung, es ist aber bei einer höflichen Ermahnung durch den Polizei-Päsidenten geblieben — aber thatsächlich geschieht doch Schritt vor Schritt, was dieses Blatt verlangt und vorherverkündigt, wenn auch das Ministerium erst ein Weilchen zaudert und sich zu wehren scheint. Die Geschwornengerichte für Preßsachen sind nun auch aufgehoben. Die letzte Bürgschaft für die Presse ist dahin — man kann ihr nun von zwei Seiten zu Leibe gehen und hat namentlich gegen die nicht periodische Presse, welcher mit Verboten und Bedrohungen weniger leicht beizukommen ist, eine scharfe Waffe genommen, an den Untersuchungen und Verfolgungen, die man nun, im Wege des geheimen Inquisitionsverfahrens, gegen ihre Produkte und deren Urheber einleiten würde; auf die Unabhängigkeit und freiere Anschauungsweise unserer Gerichte ist in diesem Punkte gar wenig zu rechnen; namentlich ist das hiesige Appellations-Ge-

richt, welches die meisten dieser Prozesse in zweiter Instanz zu verhandeln haben wird, und als Aufsichtsbehörde die Einleitung von Untersuchungen bei den Gerichten erster Instanz bedeutend beeinfluß, seit lange her als äußerst engherzig und unfrei in Beurtheilung politischer Thatsachen bekannt. (Const. Z.)

Kassel, 29. August. [In der heutigen Sitzung der Ständeversammlung] wurde der Entwurf einer Adresse an den Landesherrn vorgetragen und sofort einstimmig — ohne in die Sache eingehende Diskussion — angenommen. Der gestern mitgetheilte Entwurf hat in seinen ersten beiden Abschnitten einige Aenderungen erfahren, wodurch er an Schärfe und Kürze der Fassung gewonnen hat, die übrigen sind geblieben. Wir theilen daher nur die beiden ersten Abschnitte mit und verweisen in Betreff des Schlusses der Adresse auf unsere gestrige Zeitung:

„Königliche Hoheit! Durch den mit der Eröffnung des Landtags beauftragten Kommissar haben Ew. königl. Hoheit die zuversichtliche Hoffnung aussprechen lassen, daß unsere Thätigkeit eine segenbringende sein werde. Auch wir hegen die Hoffnung und wünschen nichts sehnlicher, als der Staatsregierung die Unterstützung gewähren zu können, welche die Möglichkeit eines gemeinschaftlichen gedeihlichen Wirkens auf der Bahn der Verfassung und der regelmäßigen Ordnung bedingt. Wir können und dürfen aber nicht verhehlen, daß das unmöglich ist, so lange Ew. königl. Hoheit von Männern berathen sind, welche des allgemeinen Vertrauens entbehren. — **Es ist unsere heiligste Pflicht, Ew. königl. Hoheit im Namen des Volkes, das wir vertreten, offen zu erklären, daß dasselbe in der Berufung des gegenwärtigen Ministeriums eine Erfüllung der Zusage vom 11. März 1848 nicht erblickt, einer Zusage, durch welche das Volk die längst ersehnte Beendigung der seit 1832 zwischen Regierung und Ständeversammlung vorgekommenen Verwickelungen herbeigeführt glaubte.** Wir wiederholen daher das von der vorigen Ständeversammlung gegen das jetzige Ministerium ausgesprochene Mißtrauensvotum und billigen, was der bleibende Ausschuß Ew. königl. Hoheit darüber vorgestellt hat." 2c. 2c.

Zur Ueberreichung der Adresse wurden die Mitglieder des Adreßausschusses durch Beschluß der Versammlung bestimmt. Hierauf berichtete der Abgeordnete Cöster, Namens des betreffenden Ausschusses, über den Bericht des bleibenden Ständeausschusses, die Thätigkeit desselben seit der Auflösung der vorigen Ständeversammlung betreffend, wobei besonders die Zustimmung zu den bekannten Verfügungen in Betreff der indirekten Steuern in Betracht kommt. Der Ausschuß hält in seiner Mehrheit dafür, daß jener Ausschuß seine Zuständigkeit überschritten habe.

Hamburg, 30. August. [Der Freiherr Heinrich v. Arnim] hat sich mit dem heutigen Nachmittagszuge nach Kiel begeben. Er ist bereit, der Sache Schleswig-Holsteins, der er mit ganzer Seele zugethan ist, seine Kräfte zu widmen. Wir zweifeln nicht, daß das Anerbieten dieses hochherzigen Patrioten und ausgezeichneten Staatsmannes, dessen Entschluß für die Reinheit und Gerechtigkeit der Sache der Herzogthümer, wenn es dessen überall noch bedürfte, einen neuen Beleg liefern würde, die freudigste Annahme finden wird. — Mit demselben Bahnzuge fuhr Prof. K. Samwer, der heute Morgen Berlin verlassen hatte, nach Rendsburg. — Der Baron Dirckinck-Holmfeldt ist hier angekommen. (H. N.)

Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

O. **Neu-Duwenstädt,** 29. August. Seit dem 25. Juli liegen wir nun schon den Dänen gegenüber, und ein Tag um den andern vergeht, ohne unsere Hoffnung, daß er uns dem Feinde entgegenführe, zu erfüllen. Die Gründe dieser langen Ruhe und Vorbereitung sind natürlich unbekannt, so viel steht aber fest, daß es dabei nicht, wie Manche fürchten, sein Bewenden haben kann. So gut auf der einen Seite die Zeit benutzt wird zu fernerer Ausbildung unserer Armee, so gebiert doch die Langeweile vor dem Feinde, die selbst durch den angestrengtesten Feldwacht- und Patrouillendienst nicht beseitigt wird, die verschiedenartigsten Gerüchte über Einschreiten der Großmächte, Entwaffnung unserer Armee, Landung russ. Hülfstruppen, Waffenstillstands- und andern Unterhandlungen, die, wie thöricht sie auch sein mögen, doch Eingang finden und den guten Geist unsrer Truppen verwirren. Jeder Vernünftige wird die große Verschwiegenheit billigen, die von unsern Machthabern beobachtet wird, es ist aber auch unsern schleswig-holsteinischen Soldaten nicht zu verdenken, daß sie mißmüthig werden und entlassen sein wollen, wenn sie nicht gegen die Dänen geführt werden, um die Erndte in die Scheuern zu bringen. Dazu kommt, daß das arme **Südschleswig durch die 60,000 M., die auf dem kleinen Raum nun schon mehr als 4 Wochen konzentrirt liegen, ganz aufgezehrt wird, und unser Geld wohl auch bald zu Ende geht.** Holstein allein kann es nicht mit Dänemark aufnehmen. Wenn wir uns nicht auch aus Schleswig rekrutiren und verproviantiren können, wenn keine Steuern aus Schleswig eingehen, sondern der Feind die Hälfte unsers Landes aussagt, so werden unsere Kräfte allmälig schwinden. Schleswig-Holstein kann Dänemark in Schach halten, aber Holstein allein nicht lange. Unsere Armee kostet täglich ohngefähr 30,000 Thlr. (80,000 Mark), also seit Idstedt über 1 Million; das kann nicht lange so dauern, sondern wir müssen Entscheidung haben und sie wird plötzlich da sein. — Trotz Cholera und ewigem Sturm mit Regen ist der Gesundheitszustand unsrer Armee doch verhältnißmäßig sehr gut. Es wird aber auch in jeder Hinsicht vortrefflich für sie gesorgt. Bei den Dänen soll es anders sein. Schleswig, d. h. nur Südschleswig muß die tägliche enorme Verpflegung aufbringen, vermag dies aber nicht, und so hungert unser Feind, der überdies seiner Gewohnheit gemäß bedeutend mehr Nahrung bedarf als wir. — Wir liegen südlich am Witten- und Bißen-See in herrlicher Gegend, und bei schönem Wetter würde der Aufenthalt hierselbst sehr angenehm, die Nachtwachen und Patrouillen höchst romantisch sein, die nun nichts weniger als poetisch und wegen der ununterbrochenen Nässe beschwerlich und der Gesundheit gefährlich sind. Die Dänen kommen nur selten in unsere Nähe und wenn sie es thun nur mit großen Patrouillen von mindestens 50 Mann, so daß unsere Vorposten und kleine Patrouillen sich nicht in Gefechte einlassen können, und nur wenn wir einmal eine Recognoscirung in größerem Maße machen, ein Zusammenstoß stattfindet. Seit Idstedt sind viele deutsche Offiziere bei uns eingetreten, wie Sie wissen, und es ist mir nicht unwahrscheinlich, daß ein Grund für die lange Zögerong darin zu suchen ist, daß man die Herren erst mit unsern Truppen, unsern Verhältnissen und Zuständen, und hauptsächlich mit unserm Exercitium bekannt werden lassen will, damit bei der Entscheidung hierin eine Einheit sei, und nicht jeder Unterbefehlshaber nach seiner Art und Weise manöverire, wie dies bisher der Fall.

Kiel, 29. August. Bekanntlich traf dieser Tage im Hauptquartier der Major v. Klapproth aus Karlsruhe ein, welcher dem General-Kommando den Antrag stellte, ein volles Bataillon Freiwilliger aus Süddeutschland zu stellen, welche sich selbst equipiren und verpflegen, jedoch sich ihre eigenen Offiziere wählen wollten; man zweifelte allgemein an der Bewilligung dieses Antrages, so eben vernehmen wir jedoch, daß die Einwilligung von Seiten des Generalkommandos erfolgt ist, mit der ausdrücklichen Bedingung, daß das Bataillon die schleswig-holsteinische Uniform trägt und unter das Kommando einer Brigade gestellt wird; die Wahl der Offiziere ist demselben gestattet worden. **Der Major ist bereits nach Karlsruhe gereist, um die Mannschaften zu sammeln und unverzüglich mit denselben sich über Hamburg nach Rendsburg begeben.** In Hamburg ist die Einrichtung sogleich getroffen, um keine Zeit zu verlieren, daß die Uniformen und sonstige Montirungsstücke aufs schnellste daselbst angefertigt werden. Man erwartet demnach schon anfangs künftiger Woche den Eintritt jenes Bataillons in die Armee. (Ref.)

Rendsburg, 29. August. An der Südseite der Stadt Eckernförde sind alle Erdwälle abgetragen, und ist dort jetzt, wo nicht Schanzwerke errichtet sind, ein freies Feld. Die Vorpostenkette der Dänen geht von der Kiel-Eckernförder Chaussee aus über Windebye, Osterbye u. s. w.; bei der Windebyer Mühle haben sie ein Lager aufgeschlagen. Mit ihren Requisitionen gehen die Dänen aber über diese Grenze hinaus, und Alles, was die Bewohner der Umgegend in Folge jener gezwungen ihnen zuführen müssen, wird durch die Vorposten entgegengenommen und von diesen zur Stadt gefahren. Die Lieferanten läßt man in diese nicht hinein, sie müssen also unter freiem Himmel warten, bis ihnen Pferde und Wagen zurückgebracht werden. Hat ein Landmann von seinem Felde an beiden Seiten erwähnter Kette liegen, wie es an vielen Stellen der Fall, so darf er nur an derjenigen Seite ernten, an welcher er wohnhaft ist, und muß auf die Ernte jenseits der Linie, auf Getreide und Grasung dieses seines Bodentheils verzichten, Alles, was ihm dort gewachsen, dem Verderben preisgeben. Kein Milchmädchen, ja kein Vieh darf die Kette passiren.

30. Aug. In der Gegend von Holzbunge hat heute ein kleines Patrouillengefechte stattgefunden, bei welchem von unserem 2. Jägerkorps zwei dänische Dragoner erschossen und sechs verwundet wurden. — Folgende Bekanntmachung ist erschienen:

„Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß die schleswig-holsteinische Artillerie in ihren Etats an Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten vollständig ergänzt ist, eines Zuwachses an Freiwilligen aus andern deutschen Staaten nicht bedarf und daher Anmeldungen zum Eintritt in die Artillerie keine Berücksichtigung mehr finden können. Rendsburg, den 30. August 1850. Das Departement des Krieges. Krohn. Jensen.

Oesterreich.

8 **Wien,** 31. August. [Finanzangelegenheiten. — Monstre-Petition gegen Belagerungszustände.] Die Polemik des Lloyd gegen die Bankdirektion hat nun gar, da sich die Bankherren hinter ihre persönliche Ehrenhaftigkeit zu verschanzen suchten, indem die Bankgebahrung selbst nicht mehr zu retten ist, den Boden der Enthüllungen betreten und die von ihm in dieser Hinsicht an's Licht gezogenen Thatsachen erregen überall ungeheure Sensation, obschon sie in der merkantilischen und büreaukratischen Welt schon längst kein Geheimniß mehr waren und zu den weltbekannten Dingen gehörten, die man sich von bekannten Männern erzählt, um zu beweisen, daß es zur Erringung einer glänzenden Stellung im Leben nichts weniger als eines unbescholtenen und ehrenfesten Charakters bedürfe. Durch die Erwähnung des berüchtigten Tabakvertrags, den der Hofkammerpräsident Baron Eichhof mit dem Bankhaus Stemetz-Meyer abschloß, wird ein grelles Streiflicht auf die vormärzlichen Finanzmänner geworfen, die im schlimmsten Fall mit 16,000 Fl. pensionirt wurden, wie denn überhaupt die vorgebrachten Fakta nicht durch ihre Neuheit allarmiren, sondern durch ihren prägnanten Ausdruck in einem ministeriellen Journal. Jedermann fragt sich, was diese Taktik des Lloyd bezwecke, denn daß hierin eine geheime Absicht waltet, unterliegt gar keinem Zweifel und vielleicht mögen jene der Wahrheit am nächsten sein, die das Bestreben wittern, die Basis der Nationalbank moralisch zu untergraben und durch einen Rücktritt der Bankdirektoren die Anstalt vollends in die Hände des Staates zu spielen, der ohnedem bereits die Seele dieses Geldinstituts ist, nachdem er einmal den Geldzeichen der Bank den Zwangskours verlieh. Die vollständige Guberniſirung der Bank scheint eben die Einleitung jener Maßregeln zu sein, durch welche Baron Krauß die zerrütteten Finanzen des Reiches ordnen will, da zu befürchten stände, daß die Bank sich sonst die Krisis auf Kosten des Staatsvermögens abermals als Privatinstitut zu Nutzen machen würde. — Die auf Betreiben eines hiesigen Komités in allen nicht im Ausnahmszustande befindlichen Kronländern Oesterreichs im Umlauf befindlichen lithographirten Petitionen wegen Beseitigung des Belagerungszustandes in Galizien, Ungarn und Italien, vorzüglich aber in Wien und Prag, bedecken sich allenthalben mit Unterschriften, indem sogar die konservative Partei der Provisorien überdrüßig zu sein scheint und auf eine endliche Konsolidirung des Staates dringt, die bei dem länderweisen Ausnahmszustand nicht erreichbar ist. Man beabsichtigt eine halbe Million Unterschriften zu sammeln und soll dann die Wirkung dieser Monstrepetition abgewartet werden, bevor man weitere gesetzliche Schritte unternimmt; es darf der Regierung bei der Permanenzerklärung des Kriegszustandes nicht gar so leicht gemacht werden, und es soll zuletzt nicht etwa heißen, eine solch willenlose Heerde, die nicht einmal das Bedürfniß des normalen Zustandes zu empfinden vermag, sei für bessere Zustände nicht reif.

N. B. **Wien,** 31. Aug. [Tagesbericht.] Fürst Schwarzenberg wird stündlich erwartet. Es wird versichert, daß in den **Ischler Konferenzen die Uebereinkunft getroffen worden sei, daß das russische Kabinet dem Berliner seine Unzufriedenheit über die von Preußen befolgte Politik ausdrücken werde und daß die oldenburgische Dynastie bei ihrem Gelangen zum Throne Dänemarks das Großherzogthum Oldenburg beibehalten werde.** In Beziehung auf Holstein und Lauenburg und ihren Verhältnissen zum deutschen Bund wünscht das Petersburger Kabinet, daß es bei den früheren Bestimmungen bleiben soll. — Erzherzog Karl und Erzherzog Ferdinand werden in nächster Woche über Triest die Reise nach dem Orient antreten, begleitet von dem General Fürst v. Jablonowsky und dem k. k. Archivar Kaltenbäck. — Der k. k. österreichische Gesandte in Hannover, Baron Kreß, soll in Ruhestand treten und der k. k. Gesandte in Kassel seine Stelle einnehmen. — Sämmtliche Schulinspektoren Ungarns werden im Oktober vom Unterrichts-Minister zu einer Konferenz nach Wien berufen. — Der Bischof von Przemysl soll auch entschlossen sein auf seinen Bischofssitz zu resigniren. — Die Gemeinde Proßnitz in Mähren hat am 27. d. mit großer Stimmenmehrheit die Juden aus dem Gemeindeverband ausgeschlossen und diesen Akt der Intoleranz durch ein kirchliches Fest gefeiert. — Da die Konzentrirung der Armee in Vorarlberg noch längere Zeit dauern wird, sind Erhebungen eingeleitet worden, ob es nicht zweckmäßig wäre, verschiedene theils öffentliche, theils Privatgebäude, die jetzt unbenutzt sind, in Kasernen umzugestalten und den Bürgern und Landleuten die Last der Einquartirung zu erleichtern. — Die Ortsgemeinde Plaß in Böhmen hat den Fürsten Metternich zu ihrem Bürgermeister gewählt. — Bei der Kaiserin-Mutter fand am 29. d. ein Gouter statt, zu welchem der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg und alle russischen Diplomaten geladen waren. Die Kaiserin-Mutter will den Winter in Wien zubringen.

* Auswärtige deutsche Blätter trugen sich in neuester Zeit stark mit der Nachricht, daß der bisherige Vertreter Rußlands am Berliner Hofe, Hr. v. Meyendorff, zum kaiserl. Gesandten am hiesigen Hofe bestimmt sei. Nach persönlich von diesem Diplomaten zu Gastein, wo er in letzter Zeit Erholung suchte, abgegebenen Aeußerungen, entbehrt obige Angabe vorläufig der Begründung.

* Se. Majestät der König von Griechenland ist am 27. in Ischl eingetroffen, und verweilte dem Vernehmen nach einen Tag daselbst. Von dort ab wird er Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter einen Besuch in Salzburg abstatten.

Frankreich.

Paris, 29. August. [Tagesbericht.] Der Präsident der Republik ist schon gestern Abends unerwartet früh zurückgekehrt. Wie es heißt, ist seine Rückkehr absichtlich beschleunigt worden, um die Veranstaltung von Kundgebungen jeder Art unmöglich zu machen. Der „Constitutionnel" legt folgendermaßen Rechenschaft über die Rückkehr des Präsidenten ab: Louis Napoleon ist heute Abends in Paris eingetroffen. Von Epernay um $6\frac{1}{4}$ Uhr abgereist, ist der Präsident um $8\frac{1}{4}$ Uhr im Straßburger Bahnhofe angekommen. Die Minister des Innern, der Justiz und des öffentlichen Unterrichts, so wie der General Changarnier erwarteten ihn im Bahnhofe seit 7 Uhr. Der General Changarnier und die Minister umarmten den Präsidenten beim Heraussteigen aus dem Waggon mit Herzlichkeit. Einige Infanterie-Abtheilungen waren an den Straßenecken in der Nähe des Bahnhofes aufgestellt worden, um dessen Zugänge vom Andringen der Menge freizuhalten. Als der Präsident auf dem Platze erschien, ließen die Truppen mit Energie den Ruf: Es lebe Napoleon! hören, worin der größte Theil der Bevölkerung einstimmte. Seit 7 Uhr Abends bemerkte man die Boulevards entlang eine ungewohnte Aufregung und ein unaufhörlich wachsendes Zuströmen der Menge. Die Ankunft des Prinzen war im Voraus bekannt geworden. Die Menge war sehr bedeutend. Die Demagogen hatten einige Anstalten getroffen, um den Empfang, der Louis Napoleon bei der Rückkehr von seiner Reise erwartete, zu stören. Auf einigen Punkten, und namentlich vor dem Passage Jouffroy, waren feindselige Gruppen sorgfältig aufgestellt worden. In diesen Gruppen hörte man alle die gewöhnlichen Deklamationen der socialistischen Demokraten. In den Reihen der wahrhaften Bevölkerung unterhielt man sich hingegen von der trefflichen Wirkung des Ausfluges in die Departements, die man den Lehren der Anarchie ergeben sagte; von der Festigkeit, der Geistesgegenwart, dem gesunden Sinne und dem Patriotismus, welche die Handlungen und Worte des Staats-Oberhauptes beseelt haben. Der Zug eilte schnell die Boulevards hinunter. Der Wagen des Präsidenten, dem ein Piket reitender Jäger voranritt, war von einem Zuge Carabiniers begleitet, worauf eine halbe Schwadron Husaren folgte. Auf dem Wege des Prinzen erschollen unaufhörlich die Rufe: „Es lebe Napoleon!" „Es lebe der Präsident!" Es versteht sich von selbst, daß die Demagogen-Gruppen das Ihrige thaten, um den Ruf hören zu lassen, der seit der Reise des Präsidenten das Losungswort der socialistischen Anarchie geworden ist. Ihren Anstrengungen zum Trotze haben die Vivats auf der ganzen Linie der Boulevards fortgedauert. Um $9\frac{1}{4}$ Uhr war Louis Napoleon im Elysee angekommen. Trotz der Anstrengungen dieser langen Reise ist sein Befinden ausgezeichnet. — Andererseits meldet der „National": „Hr. Louis Bonaparte ist heute Abends nach Paris zurückgekehrt. Er hat sich während seiner schnellen Fahrt über die Boulevards überzeugen können, daß die Bevölkerung von Paris nicht weniger an unseren republikanischen Einrichtungen hängt, als die der Departements, die er bereist hat. Um 7 Uhr Abends hatte die Behörde eine ungewohnte Entfaltung von Militärmacht angeordnet, Truppen aller Waffengattungen waren requirirt worden. Gegen 8 Uhr erschienen Schwärme von Polizeigergeanten und drängten die Spaziergänger von der Chaussee auf die Trottoirs zurück; nur Blousenmänner, welche „Es lebe Napoleon!" schrieen, ließ man frei circuliren; das Publikum empfing sie mit Sarkasmen über die „Gesellschaft des 10. Dezember". Der Wagen des Herrn Bonaparte und die seines Gefolges wurden bei ihrer Vorbeifahrt mit dem einstimmigen Rufe: „Es lebe die Republik!" empfangen. In der Nähe des Herrn Bonaparte ließen sich einige Rufe: „Es lebe Napoleon!" hören; sie wurden von Leuten ausgestoßen, die dem Zuge im Trabe folgten. Die „Gesellschaft des 10. Dezember" ist offenbar von der zurückgelegten Reise ermüdet oder ihr Enthusiasmus merkwürdig kalt geworden, wenn wir nach den magern bonapartistischen Rufen urtheilen sollen, die wir auf der Vorbeifahrt der Wagen vom Bahnhofe bis zum Elysee gehört haben. (Der „National" scheint also auch im Trabe mitgelaufen zu sein.) Am letzteren Orte war die „Gesellschaft des 10. Dezember" in Ueberlegenheit, und mehrere Bürger, die sich schuldig machten, den Ruf: „Es lebe die Republik!" dem der Mitglieder der Gesellschaft entgegenzusetzen, wurden auf brutale Weise arretirt. — Da wir weder in einem der Wagen gesessen haben, wie vermuthlich der „Constitutionnel", noch nebenhergelaufen sind, wie der „National", so können wir nur so viel sagen, daß die Menge, herbeigezogen durch vorbeireitende Staffetten, die Truppen, Polizei-Sergeanten und zuletzt durch die Menge selbst, sich im Ganzen ruhig zu verhalten schien, wenigstens im Centrum der Stadt; daß dagegen, allen Berichten zufolge, auf dem Bahnhofe: „Es lebe Napoleon!" und: „Es lebe der Kaiser!", im Faubourg St. Denis ziemlich stark: „Es lebe die Republik!" und am Elysee wieder: „Es lebe Napoleon!" und auch: „Es lebe Napoleon II.!" gerufen wurde. Am Bahnhofe und am Elysee sollen Personen, welche der Republik ein Hoch brachten, übel mitgenommen worden sein. — Mit der Rückkehr des Präsidenten der Republik hört glücklicher Weise dieses seit 18 Tagen dauernde Wortgefecht, diese Logomachie einer neuen Art, wenigstens für eine Zeit lang auf.

Siebenunddreißig Personen wurden gestern Abends verhaftet, angeblich wegen unconstitutioneller Reden gegen den Präsidenten der Republik. Dieselben wurden heute Morgens befragt, antworteten jedoch einstimmig, nur: „Es lebe die Republik!" gerufen zu haben. Einer derselben hat sich bei seiner Verhaftung mit einem Dolche gewehrt.

Heute Morgens um 8 Uhr hat sich General Changarnier nach dem Elysee begeben, wo er eine lange Konferenz mit dem Präsidenten der Republik gehabt. Um 9 Uhr fanden sich die Minister ein, um unter dem Vorsitze Louis Bonaparte's eine Sitzung zu halten. In derselben hat man sehr viel über den Aufenthalt des Grafen von Chambord in Wiesbaden und über die Ankunft des Herrn v. Salvandy daselbst gesprochen. Es scheint, daß man die Verhandlungen der sich dort aufhaltenden Legitimisten überwachen läßt. Einige geheime Polizei-Agenten, die hier in Paris Zutritt in den aristokratischen Kreisen haben, sollen sich in Wiesbaden aufhalten, und die franz. Regierung soll von allem, was dort vorgeht, genau unterrichtet sein.

Bei dem Besuche, den der Präsident der Republik dem Erzbischofe bei seinem Aufenthalte in Rheims machte, kündigte er demselben an, daß er von dem Papste drei Cardinalshüte für Frankreich erhalten habe, wovon der erste für ihn bestimmt sei.

Die „Debats" führen heute folgende Aeußerung Louis Philipps aus seinen letzten Momenten an: „Sagen sie Allen, daß die Eintracht, welche ich unter allen Prinzen meiner Familie zu erhalten mich bemüht habe, und die mich hoffentlich überleben wird, das Symbol des unauflöslichen Einvernehmens ist, das zwischen allen rechtlichen Menschen, welches auch ihre Fahne sei, der Partei der socialen Auflösung gegenüber herrschen muß. „Denn leider", setzte er hinzu, „hat die Desorganisation ihre Partei."

Mehrere Repräsentanten von der republikanischen Partei haben beschlossen, der National-Versammlung die Aufhebung der Verbannungs-Gesetze gegen die Bourbonen mit dem Beifügen vorzuschlagen: „daß die Mitglieder der Familie der Bourbonen bei ihrer Ankunft auf dem Gebiete der Republik in der gewöhnlichen Form Gehorsam gegen die Gesetze schwören sollen, bei Strafe des Verlustes der Erlaubniß zu ihrer Rückkehr." Wie man sagt, wäre dieser Antrag darauf berechnet, den Apfel der Zwietracht zwischen die Orleanisten und Legitimisten, und zwischen die Prinzen des Hauses Orleans und den Grafen von Chambord selbst zu schleudern, indem er vielleicht die Rückkehr des Prinzen von Joinville und des Herzogs von Aumale zur Folge haben könnte.

Hr. v. Lamartine ist einstimmig zum Präsidenten des Generalraths der Saone et Loire ernannt worden. Seine Rede hat lebhaften Eindruck hervorgebracht. Der Schluß derselben lautet: „Der Präsident der Republik hat in Lyon eine bemerkenswerthe Aeußerung gethan, welcher alle Parteien unverfassungsmäßige Bedeutungen beigelegt haben, die, wir sind sicher, eben so weit von seiner Pflicht, als von seinem Gedanken, Entsagung und Beharrlichkeit, entfernt sind. Möchten die Generalräthe ihm antworten, indem sie den nämlichen Ruf im Namen des Landes ertönen lassen und nur ein Wort daran ändern: Achtung dem Präsidenten der Republik, Unterstützung seiner Regierung und Beharrlichkeit in der und ausschließlich durch die Verfassung selbst zu verbessernden Verfassung."

Der Generalrath des Aube-Departements hat, wie im Jahre 1849, mit 20 Stimmen gegen 5 den Wunsch, die Verfassung so schnell wie möglich zu revidiren, geäußert.

Handel, Gewerbe und Ackerbau.

Berlin. In Erwägung der Wichtigkeit, welche die Berathungen der Kasseler Zollvereins-Konferenz für die landwirthschaftlichen Interessen haben, ist soeben von Seiten des königl. Landes-Oekonomie-Kollegiums eine Zusammenstellung der Resultate der im Mai d. J. hier stattgehabten Vorberathungen über die Regierungsvorschläge zur Aenderung des Tarifs entworfen und den landwirthschaftlichen Vereinen aller Provinzen zugefertigt worden. Zugleich werden diese durch ein Zirkular veranlaßt, dem so wichtigen Gegenstande auch ihrerseits Aufmerksamkeit zuzuwenden und sich gutachtlich über den Einfluß zu äußern, welchen die einzelnen in Vorschlag gebrachten Aenderungen auf die Landwirthschaft hervorbringen würden.

Die vielseitige Nichtannahme ausländischer oder nichtpreußischer Kassenanweisungen seitens der Geschäftswelt ist dem Verkehr im Allgemeinen hinderlich, weil noch viel von diesem fremden Papiergeld hier zirkulirt. Das Mißtrauen gegen dasselbe ist, nach Versicherung erfahrener Finanziers bis jetzt noch völlig ungegründet. Bankiers nehmen daher fremdes Papiergeld mit 1/2 bis 3/4 Prozent Avantage bereitwillig an. (Ref.)

Wir haben kürzlich auf die wahrscheinlich geringen Durchschnittserträge der diesjährigen Ernte hingewiesen und nehmen heute Gelegenheit, auf die Durchschnittserträge der letzten vier Jahre hinzuweisen. Nimmt man die Durchschnittsernte gleich 1,00 an, so ergab in den Jahren 1846—1849:

Weizen	0,96	Gerste	0,93
Roggen	0,98	Hafer	0,90
Erbsen	0,86	Kartoffeln	0,72

Der Durchschnitt aller dieser 6 Fruchtarten gleich 6,00 angenommen, ergiebt für die einzelnen Provinzen folgende Verhältnißzahlen:

Preußen	6,59	Rheinprovinz	5,62
Posen	6,42	Brandenburg	5,61
Schlesien	6,34	Sachsen	5,51
Westfalen	5,84	Pommern	4,75

Demnach für alle 8 Provinzen 46,68, welches für jede einzelne Provinz die Fraktion 5,84 und für jede einzelne Frucht 0,79 ergiebt, d. h. es fehlen an einer Durchschnittsernte bei jeder einzelnen Frucht nahe 3 pCt. Rechnet man jedoch die Kartoffelernte ab, welche in allen 8 Provinzen im Durchschnttt nur 6,30 oder für jede einzelne Provinz 0,79, d. h. 21 pCt. unter dem Durchschnitt betragen hat, so bleiben von der Gesammtsumme 40,38 oder für jede Provinz 5,05 übrig, wonach also in den Cerealien und den Erbsen in der ganzen Monarchie eine mehr als reichliche Durchschnittsernte stattgefunden hat. Der Minderertrag der Kartoffeln, der übrigens nur die für Viehfutter und Brennereibetrieb bestimmte Quantität betroffen hat, ist durch den Nahrungswerth des mehr erbauten Roggens von über 23 Millionen Scheffel nicht nur hinlänglich gedeckt, sondern es sind von letzterem noch sehr beträchtliche Bestände in das laufende Jahr übertragen worden. (C. B.)

Berlin, 31. August. Das dem Kaufmann C. G. Kopisch zu Breslau unter dem 23. Oktober 1849 ertheilte Patent auf eine durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesene Konstruktion eines Zinkofens ist erloschen.

Fremden-Liste von Zettlitz's Hôtel.

Gutsbes. v. Lieres aus Plohmühle. Gutsbes. Graf v. Dombski a. Gr.-Herz. Posen. Gutsbes. v. Prittwitz aus Casimir. Gutsbes. Graf von Pückler aus Frankfurt a. O. Gutsbes. Howig aus Gralow. Preuß. Gesandte Brassier de St. Simon aus Stockholm. Kanzlei-Dir. Lachel a. Schweidnitz. Ob.-Ger.-Assessor Engelke a. Liegnitz. Staatsrath Dr. v. Thielmann aus Petersburg. Kaufm. Gottschalk aus Köln. Rentier Voigt aus Paris. Dr. Neumann a. New-York. Gutsbes. Andree aus Ostpreußen. Gutsbes. Krahmer aus Belgien. Oek. Werner a. Neisse.

Markt-Preise.

Breslau am 2. September 1850.

	feinste,	feine,	mitt.,	ordin. Waare	
Weißer Weizen	63	61	58	45	Sgr.
Gelber dito	62	60	58	52	=
Roggen	45	43	41	40	=
Gerste	—	30	28	24	=
Hafer	—	21	$18\frac{1}{2}$	17	=
Erbsen	—	55	53	50	=
Raps	85	84	82	79	=
Sommer-Rübsen	72	71	70	66	=
Weiße Kleesaat	$10\frac{1}{2}$	9	8	6—7	Thlr.
Spiritus	$7\frac{5}{12}$ Rtl. Br.				

Die von der Handelskammer eingesetzte Markt-Kommission.

31. Aug. 1 Spt.	Abd. 10 U.	Mrg. 6 U.	Nchm. 2 U.
Barometer	27" 11,33"'	27" 11,67"'	27" 11,63"'
Thermometer	+ 8,8	+ 5,6	+ 13,0
Windrichtung	NW	NW	N
Luftkreis	heiter	Schl.-Gew.	wolkig

Börsenberichte.

Breslau, 2. Septbr. (Amtlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Rand-Dukaten $96\frac{1}{2}$ Br. Kaiserliche Dukaten — — Friedrichsd'or $113\frac{1}{2}$ Br. Louisd'or 112 Br. Polnisch Courant $96\frac{1}{12}$ Br. Oesterreichische Banknoten 88 Br. Seehandlungs-Prämien-Scheine 111 Gld. Freiwillige preuß. Anleihe 107 Br. Staats-Schuld-Scheine per 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% 86 Br.. Breslauer Stadt-Obligationen 4% $99\frac{1}{4}$ Gld. Großherzoglich Posener Pfandbriefe 4% $100\frac{3}{4}$ Gld., neue $3\frac{1}{2}$% $91\frac{5}{12}$ Br. Schlesische Pfandbriefe à 1000 Rthlr. $3\frac{1}{2}$% $96\frac{1}{12}$ Br., Litt. B. 4% $101\frac{1}{12}$ Br., $3\frac{1}{2}$% 93 Br. Alte polnische Pfandbriefe 96 Gld., neue 96 Br. Polnische Schatz-Obligationen 81 Br. Polnische Anleihe 1835 à 500 Fl. $81\frac{1}{2}$ Br. Neue schlesische Pfandbriefe 4% $101\frac{11}{12}$ Br. Neue Staats-Anleihe $4\frac{1}{2}$% $99\frac{1}{4}$ Gl. — Eisenbahn-Aktien: Breslau-Schweidnitzer-Freiburger 4% $74\frac{3}{4}$ Gl., Priorität 4% — — Oberschlesische Litt. A. $108\frac{5}{12}$ Br., Litt. B. $104\frac{3}{4}$ Gld. Krakau-Oberschlesische $71\frac{11}{12}$ Gld. Niederschlesisch-Märkische $83\frac{1}{2}$ Br., Priorität 5% $104\frac{1}{2}$ Br. Serie III. $103\frac{1}{2}$ Br. Neisse-Brieger 34 Br. Köln-Mindener 97 Gl., Priorität $103\frac{1}{2}$ Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41 Br. Wechsel-Course. Amsterdam 2 Monat $140\frac{11}{12}$ Br. Berlin 2 Monat $99\frac{1}{3}$ Gld., k. Sicht $100\frac{1}{6}$ Br. Hamburg 2 Monat $149\frac{3}{4}$ Br., k. Sicht $150\frac{1}{6}$ Gld. London 3 Monat 6. $23\frac{1}{3}$ Br., Paris 2 Monat 80 Gl.

Druck und Verlag von Graß, Barth und Comp.

Redakteur: Nimbs.